

## **4 Neue Konfliktlinien? Religion im Kontext von Migration als Thema der Politik**

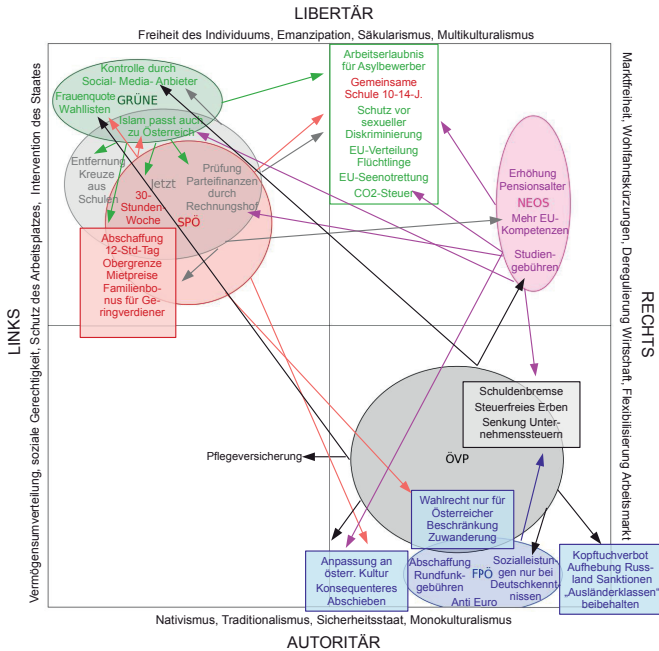
Migration ist gesamteuropäisch zu einem der brisantesten Politikthemen geworden. Dabei scheint es gar nicht so zentral zu sein, ob ein Land viel oder wenig Einwanderung verzeichnet, zu den reichen oder ärmeren EU-Staaten zählt, erst kürzlich zum Zielland von Migrationsbewegungen wurde oder bereits eine lange Einwanderungstradition hat. Migration und damit einhergehend oft die diskursiven Überschneidungen von Religion und Migration sind zu einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie geworden, welche die europäischen Staaten spaltet. Bereits in Kapitel 3 zum Migrationsdiskurs sind parteipolitische Positionen mehrfach Thema gewesen. Hier soll nun noch spezifischer auf die Positionierung der österreichischen Parlamentsparteien eingegangen werden, aber auch auf europäische Trends in den Parteienfamilien Bezug genommen werden.

In der Politikwissenschaft werden Konfliktlinien, anhand derer sich Parteien formieren und positionieren „Cleavages“ genannt. Dieser ursprünglich von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967) ins Spiel gebrachte Ansatz konnte erklären, wie sich die großen Parteifamilien formierten und warum Parteiensysteme über lange Zeit stabil bleiben. Anhand der Konfliktlinien Arbeit versus Besitz, klerikale versus säkulare Politik, Stadt versus Land formierten sich die Sozialdemokratie (Arbeit, Stadt, säkular) und die Christdemokratie (Besitz, Land, klerikal). Lange Zeit bildeten diese Konfliktlinien auch Positionierungen der Bevölkerung ab. Etwa seit Mitte der 1980er-Jahre wird zunehmend davon ausgegangen, dass diese Konfliktlinien aber nicht mehr mit dem Selbstverständnis der Wähler\*innen deckungsgleich sind. Mit neuen Konfliktthemen, vor allem Umweltschutz und Migration, formierten sich neue Parteien und reformierten sich bestehende. Die in so vielen Ländern prägenden Großparteien der Sozial- und Christdemokratie konnten dagegen schwer zu diesen Themen aufholen.

Zunehmend wird daher in der Parteienforschung ein politisches Links-rechts-Spektrum durch eine GAL-TAN-Achse ergänzt:

Auf der einen Seite dieser Achse liegen grüne, alternative, libertäre Positionen, auf der anderen Seite traditionalistische, autoritäre, nationalistische Positionen (Bale 2017): In einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Parteienpositionierung in Österreich zum Zeitpunkt der Nationalratswahl 2019 wurden einzelne Forderungen in einem zweidimensionalen Raum verortet, der von einer Links-rechts-Achse und einer Libertär-autoritär-Achse aufgespannt wird. Grundlage bildeten pro Partei 30 Aussagen über besonders relevante Politikthemen, die anhand der Untersuchung von Partei-programmen und einer Medienanalyse identifiziert wurden.

**Grafik 10: Parteienpositionen Österreichische Nationalratswahl 2019**



Quelle: Thomeczek/León 2019, 9.

Migration ist ein zentrales Thema der parteipolitischen Auseinandersetzung, das weniger auf der Links-rechts-Achse polarisiert als auf der Libertär-autoritär-Achse. Auch Positionen zu Religion, konkreter zum Islam – etwa in der Frage, ob der Islam „zu Österreich passt“ oder ob religiöse Verschleierung verboten werden soll –, sind auf dieser Achse anzuordnen. In Grafik 10 lässt sich auch ablesen, dass sowohl ÖVP als auch SPÖ bei diesen Themen zum Teil Positionen der FPÖ übernommen haben (in blauer Schrift). Die SPÖ trägt zudem auch Positionen der Grünen zu Migration mit. Während sich die ÖVP eindeutig autoritärer positioniert als früher (etwa im von Thomeczek und León analysierten Vergleich zur Nationalratswahl 2017), hat die SPÖ sowohl libertäre als auch autoritäre Tendenzen. In dieser „Zerrissenheit“ liegt wohl auch die Schwierigkeit der SPÖ, sich zu Migrationsfragen zu positionieren.

In Bezug auf das Thema dieses Buches, Migration und Religion, finden sich hier starke Gegensätze: FPÖ und Grüne, die sogenannten Nischenparteien an den Rändern beider Achsen, haben die profiliertesten Positionen und können damit bei ihrer Wähler\*innenschaft punkten. Die ehemaligen Großparteien ÖVP und SPÖ sind breiter aufgestellt, haben daher aber auch weniger scharf erkennbare Positionen. Die Annäherung der ÖVP an die in den vergangenen Jahren mit antimuslimischen Ressentiments und einer migrationsfeindlichen Politik sehr erfolgreichen FPÖ kann aber als Schärfung verstanden werden.

Das Bild, das sich in Österreich für die Parteienpositionierung zu den Schnittstellen von Migration und Religion zeigt, ähnelt dem in vielen anderen europäischen Staaten. Während immer kleiner werdende Volksparteien („catch-all parties“) kaum eine Antwort auf Fragen finden, die entlang der GAL-TAN-Achse polarisieren, sind speziell Grüne und rechtspopulistische Parteien, die hier ein klares Profil zeigen, sehr erfolgreich. Insbesondere im Rechtspopulismus wird allerdings eine Gefahr für Demokratien gesehen, da dieser deren Fundamente wie universale Rechte und den Gleichheitsgrundsatz (teilweise) infrage stellt (Aalberg/Esser/Reinemann et al. 2016; Akkerman/Lange/Rooduijn 2016; Beyme 2018; Cox 2018; Mudde 2016b). Bevor in diesem Kapitel die re-

ligiösen Selbstverständnisse der Parteien durchleuchtet werden, soll auf den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Europa und die für sie so wesentlichen Themenfelder Migration und Religion eingegangen werden.

#### **4.1 Migration und Islam als zentrale Themenfelder des Rechtspopulismus**

Die Kombination von Migration und Religion (beziehungsweise Islam) ist über die letzten Jahrzehnte zum Hauptthema europäischer Rechtspopulist\*innen geworden. Dabei haben sich Rechtspopulist\*innen zunehmend vernetzt, ausgetauscht und mit teilweise denselben Inhalten und visuellen Darstellungen in ihren jeweiligen nationalstaatlichen Kontexten Politik gemacht. Grundannahme des Populismus ist, dass „das Volk“ als eine homogene Gruppe mit homogenen Einstellungen existiert und in den bestehenden politischen Strukturen nicht repräsentiert wird. Populist\*innen nehmen für sich in Anspruch, für „das Volk“ – das ja im Sinn einer solchen homogenen Gruppe gar nicht existiert – zu sprechen. Populismus (nicht nur Rechtspopulismus) ist Cas Mudde zufolge immer illiberal, da er gegen liberaldemokratische Grundfesten wie Rechtsstaatlichkeit, demokratische Institutionen und Pluralismus arbeitet (Mudde 2016a). Im Rechtspopulismus ist zudem eine bestimmte Idee von Nation zentral, die mit „dem Volk“ gleichgesetzt wird. Ausgehend von einem eindeutigen „Wir-Verständnis“ wird ein ebenso klares Bild „der Anderen“ gezeichnet. Für Europas Rechtspopulist\*innen sind Letztere Eliten, Migrant\*innen und Muslim\*innen.

In der Forschung gibt es unterschiedliche Positionen dazu, ob Populismus eine Ideologie oder eine politisch-rhetorische Strategie, eine Art Stilmittel, ist (siehe Stanyer/Salgado/Strömbäck 2016). Je nachdem, ob die Forschung eher populistische politische Kommunikation oder populistische Akteur\*innen untersucht, wird Populismus als dicke oder dünne Ideologie verstanden („thick ideology“ oder „thin ideology“). Gemeint ist damit, dass Populismus entweder als eigene ideologische Ausrichtung eingeordnet wird, oder aber als Methode zur Kommunikation von Politikinhalt. Da Rechts- und

Linkspopulist\*innen an unterschiedliche ideologische Themenkomplexe anknüpfen, scheint es angemessener, Populismus als Stilmittel zur Verbreitung einer umfassenderen (dichten) Ideologie zu verstehen. Europas Rechtspopulist\*innen greifen beispielsweise zu großen Teilen auf rassistische, völkische, nationalistische und zum Teil nationalsozialistische Konzepte und Symboliken zurück, die sie mit populistischer Rhetorik und Bildsprache oft neu verpacken. Dabei sind altbekannte Muster in neuen Formen zu finden, wenn etwa antisemitische Abwertungen, wie sie insbesondere im Nationalsozialismus politisch eingesetzt wurden, in Karikaturen auf Muslim\*innen übertragen werden (Wodak/Forchtner 2014).

Der Österreicher Jörg Haider gilt als Vorreiter des europäischen Rechtspopulismus (Probst 2003; Wodak/Pelinka 2009). Bereits in den 1990er-Jahren machte er „das Ausländerthema“ zum zentralen Anliegen seiner damaligen Partei, der FPÖ (Mitten 1994). Nach den parteiinternen Wirren infolge der Koalitionsbeteiligung ab 2000, die letztlich zur Spaltung der Partei führten, konnte Heinz Christian Strache ab 2005 breite Erfolge mit einer ebenso klar ausgrenzenden Politik einfahren. Unter Strache wurde der Fokus auf „dem Islam“ als Feindbild viel deutlicher, als das bei Haider der Fall war (Krzyzanowski 2013). Aber auch Jean-Marie Le Pen und der französische Front National profilierten sich in Frankreich früh mit fremdenfeindlichen und hetzerischen Aussagen. Erst unter der Leitung seiner Tochter Marine Le Pen machte die Partei eine Entwicklung hin zu einer Partei mit breitenwirksamerem ideologischem Repertoire (Stockemer/Barisione 2017). In beiden Fällen zeigt sich, dass es nicht zu einem Abrücken von rechtsextremen Ideen, sehr wohl aber zu einer neuen, breitenwirksameren Kommunikation dieser Inhalte gekommen ist.

Viele der mittlerweile so erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien entwickelten sich aus bestehenden rechten Parteien – häufig auch aus separatistischen Bewegungen, wie die Lega Nord in Italien –, die sich programmatisch neu orientierten; andere wurden erst spät und als rechtspopulistische Parteien mit einem expliziten Anti-Islam-Programm gegründet (etwa 2006 Geert Wilders Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden, siehe dazu Penninx 2006). Auch zahlreiche ehemals konservative Volksparteien haben einen

zunehmend rechtspopulistischen Kurs eingeschlagen, darunter die Schweizerische Volkspartei und die ÖVP, seit Sebastian Kurz ihr vorsteht. Viktor Orbáns Fidesz in Ungarn begann als liberale Volkspartei und entwickelte sich ebenfalls in Richtung Rechtspopulismus (Becker 2010).

Obwohl die heute als rechtspopulistisch eingeschätzten Parteien kaum historische Gemeinsamkeiten haben und in sehr unterschiedlichen Kontexten agieren, stellt die Politik des Schürens von anti-islamischen und antimuslimischen Ressentiments mittlerweile eine breite gemeinsame Basis für diese Akteur\*innen dar. In der Literatur ist von einer rechtspopulistischen Parteienfamilie die Rede, die nicht unbedingt durch ihre Geschichte, sehr wohl aber durch bestimmte Aspekte ihrer gegenwärtigen Politik eng verbunden ist (Rydgren 2005). Während etwa die Positionen zur Europäischen Union, zu Geschlechterverhältnissen und anderen moralpolitischen Themen durchaus unterschiedlich sind, eint dieses diverse Spektrum an politischen Akteur\*innen die Ablehnung von Migration und die pauschale Ausgrenzung des Islam. Hierbei lernen Rechtspopulist\*innen voneinander, etwa indem Sujets von Wahlplakaten in unterschiedlichen nationalen Kontexten (wieder-)verwendet werden (siehe dazu de Nève 2011). Auch ein Computerspiel, bei dem die Spielenden Minarette und muslimische Gebetsrufer abschießen sollen, wurde in verschiedenen europäischen Ländern von rechtspopulistischen Parteien veröffentlicht (steiermark.orf.at 2012). Eine Studie, die sich mit der Rezeption rechtspopulistischer Inhalte beschäftigte, zeigte für die Europawahl 2019, dass sich die einheitlichen Strategien von Rechtspopulist\*innen auch in den einheitlichen Argumentationsmustern ihrer Anhänger\*innen in sozialen Medien widerspiegeln (Friedrich-Ebert-Stiftung 2018).

Diese Parteien betreiben auch politische Vernetzung untereinander. Nach langjährigen Versuchen gelang vor der Europawahl 2019 die Einigung auf eine europäische Parlamentsfraktion mit dem Namen „Identität und Demokratie“. Seit Großbritannien die Europäische Union verlassen hat, ist „Identität und Demokratie“ nach der europäischen Volkspartei, der Sozialdemokratie und den Liberalen viertstärkste Fraktion im Parlament (Europäisches Parlament 2020).

Vor allem im Vorfeld der letzten Europawahl inszenierten sich die darin vertretenen rechtspopulistischen Parteien medienwirksam auf Kongressen. Bei solchen Treffen wurden zahlreiche Reden zu den für Rechtspopulist\*innen typischen Verbindungen von Anti-Establishment- und Anti-Islam-Slogans gehalten, die aus der Position „des Volkes“ heraus formuliert werden. Beispielhaft dazu ein Auszug aus der Rede des Niederländers Geert Wilders bei einem Treffen der europäischen Rechtspopulist\*innen in Koblenz 2017:

Politiker von fast allen etablierten Parteien befördern unsere Islamisierung. Fast das gesamte Establishment, die Elite, Universitäten, die Kirchen, Gewerkschaften, die Medien, Politiker setzen unsere schwer ertrugten Freiheiten jetzt aufs Spiel. Sie sprechen über Freiheit, aber vermögen es erstaunlicherweise nicht, zu sehen, dass im Islam die Frauen weniger Rechte als Männer und die Ungläubigen weniger Rechte als die Anhänger des Islam haben. Sie sind blind für die Wahrheit, aber wir sind das nicht. (Gestas 2017, Min 5:39–6:45)

Wilders bemüht hier die beschriebenen Muster populistischer Kommunikation, um sich und die anderen rechtspopulistischen Vertreter\*innen als Verteidiger\*innen von Rechten und Freiheiten zu stilisieren. Der Angriff auf diese Rechte und Freiheiten erfolgt aus dieser Argumentation heraus vonseiten „der Anhänger des Islam“.

#### **4.2 Christentum anhand von Migration neu entdeckt? Religiöse Selbstverständnisse in der Parteienlandschaft**

Umfassende Studien beschäftigen sich damit, wie implizit und explizit mit der (rhetorischen) Exklusion des Islam eine erneuerte Inklusion des Christentums einhergeht. Häufig werden bestehende Normen, etwa Prinzipien der liberalen Demokratie, mit dem Christentum gleichgesetzt (Joppke 2013; Mattes 2017b). In seinem Buch „Formations of the Secular“ (2003) argumentiert Talal Asad, dass Säkularisierung, wie sie in Europa stattgefunden hat und heute die europäischen Gesellschaften prägt, eine spezifische geschichtliche Entwicklung im Christentum und gegen dieses ist. Das Ergebnis

ist nicht eine Trennung von Staat und Religion. Vielmehr entstehen Konstellationen, in denen christlichen Kirchen ein bestimmter Platz eingeräumt wird, der häufig auch mit viel Einfluss verbunden ist. Gleichzeitig werden rote Linien der Einmischung definiert, die nicht überschritten werden dürfen. Trotz dieser spezifischen Konstellationen wird „mangelnde Säkularisierung“ nicht mehrheitlich christlichen, sondern insbesondere mehrheitlich muslimischen Gesellschaften zum Vorwurf gemacht. Laut Asad ist die Säkularisierungsforderung ein imperiales Machtinstrument, das ahistorisch ausblendet, wie Europa zu seinen Beziehungen zwischen Staat und Religionen gekommen ist.

In den meisten rechtspopulistischen Parteien, aber auch in christdemokratischen und konservativen Parteien spielt „christlich sein“ als Identitätsmarker eine Rolle, manchmal weil dies konstitutiv für das politische Selbstverständnis ist, und manches Mal weil die Identifikation als „christlich“ von den „muslimischen Anderen“ abgrenzt. Mit der Ausgrenzung des Islam geht an vielen Stellen eine Neupositionierung von politischen Parteien zu Religion an sich einher. Im Folgenden durchleuchte ich die Parteien des österreichischen Parlaments im Hinblick auf ihre Positionierung zu Religion im Kontext von Migration, beginnend am rechten Ende des parlamentarisch vertretenen politischen Spektrums.

Die Freiheitliche Partei Österreichs hat ihre historischen Wurzeln in der deutschnationalen Bewegung der bürgerlichen Revolution von 1848 und dem sogenannten Dritten Lager der Ersten Republik. Das Dritte Lager positionierte sich in Bezug auf die Konfliktlinien Arbeit versus Besitz sowie Stadt versus Land, ähnlich wie das christlich-soziale Lager, aufseiten der Besitzenden und der Landbevölkerung, war aber wie die Sozialdemokratie säkular ausgerichtet. Eine Zusammenarbeit mit der Christlichsozialen Partei wurde durch diese Ausrichtung aber nicht verhindert (Campbell/Gerlich 2000; Pelinka 1999). Innerhalb der deutschnationalen Bewegungen und später des Nationalsozialismus waren außerdem Esoterik, neuheidnische Bewegungen und altgermanische Traditionen von Bedeutung, die häufig in Konkurrenz zum Christentum standen. Das Verhältnis zum Judentum war durch Antisemitismus bestimmt, der für Deutsch-

nationale genauso wie für Nationalsozialist\*innen ein konstitutives Element darstellte (Wiedemann 2017). Die Parteigänger\*innen des deutschnationalen Lagers, die Großteils den Anschluss Österreichs befürworteten, fühlten sich nach 1938 vielfach der NSDAP-Ideologie verbunden, die wiederum ein ambivalentes Verhältnis zu Religion und Kirche aufwies. Die Kirchen wurden geduldet und unterstützt, wo sie dem Regime dienlich waren, und wurden eingeschränkt und angefeindet, wo dies nicht der Fall war (Gailus/Nolzen 2011).

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs formierte sich der Verband der Unabhängigen, der später in die Freiheitliche Partei Österreichs überging. In der FPÖ gab es seitdem ein Spannungsfeld zwischen der bürgerlich-liberalen und der deutschnationalen Partei. Der Parteiideologe Andreas Mölzer nannte dies die Auseinandersetzung zwischen „Achtundvierzigern“ (nach der bürgerlichen Revolution 1848) und „Achtunddreißigern“ (nach dem Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland) (zitiert nach Schiedel 2017, 103). Erst 1986, mit der Wahl von Jörg Haider zum Parteiohmann, setzten sich die Deutschnationalen eindeutig durch. Kampagnen gegen Migration standen fortan im Zentrum und vereinzelt fanden sich bereits Verknüpfungen von Migration und Islam (siehe Kapitel 3). Die antiklerikale Ausrichtung der völkischen Tradition der FPÖ blieb jedoch im Vordergrund. In den späten 1990er-Jahren stellte sich zunehmend die Frage nach der Positionierung zum Christentum. Im Parteiprogramm von 1997 ist ein Bekenntnis zum „wehrhaften Christentum“ zu finden, das bereits die spätere Hinwendung der FPÖ zum Christentum deutlich macht (Rosenberger/Hadj-Abdou 2013). Es handelte sich um eine „Hinwendung zu einem kulturellen (nicht-theologischen) Christentum“, die vorerst auf der Ebene des Parteiprogramms verblieb (Peham 2010, 432). Erst mit der wachsenden Agitation gegen eine behauptete Islamisierung rückte auch das Christentum als Worthülse zur Markierung der Parteiidentität ins Zentrum.

Mehr als in allen anderen Parteien des politischen Spektrums lässt sich an den Positionen der FPÖ beobachten, wie die Anfeindung der Religion „der Anderen“ zu einer Entdeckung der „eigenen“ Religion führt. Hier sei allerdings nochmals betont, dass diese religiöse Orientierung keine inhaltliche, sondern eine symbolische

ist. So wurde etwa Heinz Christian Strache nach einem Wahlkampfauftritt mit Kruzifix in der Hand von höchsten Kirchenvertretern massiv dafür kritisiert, dass er das christliche Kreuz als politisches Machtsymbol missbrauche (Weißensteiner 2009a). Kurz darauf holte der damals 40-jährige Strache seine Firmung nach (derstandard.at 2009b). In den folgenden Jahren nutzte die FPÖ immer wieder christliche Symbole (insbesondere den Wiener Stephansdom) und Bezüge auf das Christentum („Abendland in Christenhand“, „Liebe deine Nächsten – für mich sind das unsere Österreicher“, „Höchste Zeit für ‚Nächstenliebe‘“) für Wahlkampfszwecke. Vonseiten der christlichen Kirchenvertreter\*innen wurde dies konsequent kritisiert (kurier.at 2013).

In der Forschung zu Religion und Politik gilt die religiöse Neuorientierung der FPÖ einhellig als politische Taktik, um der Ausgrenzung von Migrant\*innen durch die Kategorie Religion ein ebenso durch Religion markiertes „Wir“ entgegenzusetzen (Hadj-Abdou 2016; Mattes 2021; Peham 2010). In beiden Fällen werden völkische und rassistische Vorstellungen von dem „Wir“ der Nation und jenen, die außerhalb dieser Gemeinschaft stehen, durch religiöse Kategorien überlagert. Religion wird rassifiziert (El-Tayeb 2011). Mit einer inhaltlichen Orientierung an Religion oder einer Annäherung an religiöse Institutionen haben diese Ausgrenzungsstrategien wenig zu tun.

Die ÖVP galt lange Zeit als an religiösen Inhalten orientiert und durch (katholische) Kirchnähe geprägt. Mit ihren Wurzeln in der Christlichsozialen Partei der Ersten Republik, deren klerikale Orientierung zur Etablierung eines katholischen Ständestaates (Austrofaschismus) führte (Hanisch 2005; Pelinka 2017), hatte die ÖVP bei ihrer Neugründung nach Kriegsende allerdings zu kämpfen. Die Umbenennung in Österreichische Volkspartei war durchaus ein Versuch, auch breitere Wähler\*innenschichten abseits der überzeugten Kirchgänger\*innen anzusprechen und sich gleichzeitig von den diktatorischen Regierungen Dollfuß' und Schuschnigg zu distanzieren (Wagner 2014). In der Wähler\*innenmobilisierung fanden sich immer wieder Distanzierungsversuche von einer zu engen Assoziation mit der katholischen Kirche und ihren Positionen. Weder wollte

man sich von der Vergangenheit einholen lassen, noch in Zeiten schwindender Kirchenzugehörigkeit Wähler\*innen verschrecken.

Die inhaltliche und institutionelle Nähe zu christlichen Positionen und der katholischen Kirche blieb jedoch auch in der Zweiten Republik erhalten. Über christliche, mit der Partei verbundene Organisationen, wie etwa den Österreichischen Cartellverband, wurden lange Jahre auch innerparteiliche Netzwerke auf Grundlage einer religiösen Orientierung gepflegt (Schwediauer 2012). Auch in familien- und moralpolitischen Fragen war die Position der ÖVP meist mit jener der katholischen Kirche abgestimmt (Knill/Preidel/Nebel 2014).

Zahlreiche Privilegien der anerkannten Religionsgemeinschaften, etwa der konfessionelle Religionsunterricht, wurden von der Volkspartei vehement verteidigt (Schinkele 2011). Ein Zugeständnis an den demokratischen Pluralismus war allerdings eine generell religionsfreundliche Haltung, die auch andere christliche und nichtchristliche Religionsgemeinschaften analog zur katholischen Kirche einzubinden suchte. Hier findet sich ein Anknüpfungspunkt an die Religionspolitik der Österreichischen Monarchie, die bereits ein Modell der Anerkennung von Religionsgemeinschaften etablierte. Jene religiösen Privilegien, welche die ÖVP für die katholische Kirche verteidigte, kamen also analog auch anderen Religionsgemeinschaften zugute.

Eine verstärkte wirtschaftsliberale Orientierung vor allem ab den 1990er-Jahren ließ religiöse Themen deutlich in den Hintergrund treten und führte auch zu vermehrten Spannungen mit der katholischen Kirche, die etwa in sozialen Fragen, aber auch beim Thema Migration einen anderen Kurs forderte, als ihn die damals von Wolfgang Schüssel geführte ÖVP einschlug (Wagner 2014, 248). Während die Dialogorientierung mit den Religionsgemeinschaften vor allem in der Zeit der auf internationaler Ebene scharf kritisierten Koalition von ÖVP und FPÖ aufrechterhalten und sogar verstärkt wurde (Gresch/Hadj-Abdou/Rosenberger et al. 2008; Mattes/Rosenberger 2015), hat sie unter ÖVP-Obmann Sebastian Kurz ab etwa 2015 einen Bruch erfahren. Dieser zeigt sich an einer deutlich restriktiveren, zunehmend an rechtspopulistischen Zugängen orientierten Linie zu Migration und Religion.

Spätestens die Verhandlungen zum überarbeiteten Islamgesetz 2015 (siehe Kapitel 2.7) lassen den markanten Bruch der ÖVP mit der inklusiven Religionspolitik, die sie über Jahrzehnte verfolgte, deutlich werden. In den vergangenen Jahren wurden etwa mehrere gesetzliche Verbote muslimischer Verschleierung (Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz 2016<sup>16</sup>, Kopftuchverbot im Kindergarten 2017<sup>17</sup>, Kopftuchverbot in Volksschulen 2018<sup>18</sup>) von der ÖVP initiiert und vom Parlament bei unterschiedlichen Regierungskoalitionen beschlossen. Gegen diese Verbote sprachen sich katholische und evangelische Kirchen aus und auch verfassungsrechtliche Bedenken wurden vielfach geäußert. Das Kopftuchverbot in Volksschulen wurde 2020 vom Verfassungsgerichtshof aufgrund der Ungleichbehandlung einer Religionsgruppe als verfassungswidrig erklärt und aufgehoben (Süddeutsche Zeitung 2020).

Ausdruck für die zunehmende Abwendung von einer inklusiven Religionspolitik ist auch die reduzierte Einbindung von Religionsgemeinschaften in Entscheidungsprozesse (Mattes 2021). Exemplarisch dafür ist ein Zitat von ÖVP-Obmann Kurz zur Frage der gleichgeschlechtlichen Ehe. Nachdem der Verfassungsgerichtshof die geltende Regelung 2018 als Ungleichbehandlung gekippt hatte, sagte Kurz auf die Frage, ob er nun gemeinsam mit den Kirchenvertretungen eine neue Regelung suchen werde: „Man muss die Kirche in dieser Frage nicht konsultieren, die Kirche tritt in dieser Frage sehr schnell an jeden direkt heran“ (Nationalratssitzungen Archiv 2018, Min. 2:44–2:54).

Dagegen zeigte ÖVP-Obmann Sebastian Kurz in den vergangenen Jahren eine verstärkte Präsenz bei Veranstaltungen ultrakonservativer christlicher Kreise. Kurz nahm 2016 etwa am Tag der Wiener

---

<sup>16</sup> Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts in der Öffentlichkeit (Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz – AGesVG), BGBl. I Nr. 68/2017.

<sup>17</sup> Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Elementarpädagogik für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2021/22, BGBl. I Nr. 103/2018.

<sup>18</sup> Aufhebung des § 43a des Schulunterrichtsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof, BGBl. I Nr. 159/2020.

Regenbogenparade am „Marsch für Jesus“, einer Demonstration für die „klassische Form der Familie“, teil (derstandard.at 2016). Im Wahlkampf 2019 besuchte er eine von einer evangelikalen Gruppe organisierte Großveranstaltung, wo für seinen Wahlerfolg gebetet wurde (Mattes/Urbanic/Limacher 2020). Dieser Auftritt sorgte für Empörung bei verschiedensten Gruppierungen, darunter wesentliche Teile der universitären Katholischen Theologie, welche die evangelikale „Awakening“-Gruppe als problematisch einstufte (Pock 2019). Hier zeigt sich in der ÖVP-Politik eine Abwendung von tradierten Kooperationswegen mit Kirchen und Religionsgemeinschaften, während sich der ÖVP-Obmann Sebastian Kurz und Teile seines näheren Umfeldes gleichzeitig gegenüber ultrakonservativen, antipluralistischen Strömungen innerhalb des Christentums öffnen. Im Wien-Wahlkampf 2020 wurde diese mittlerweile quer durch die ÖVP gehende Spaltung zwischen „schwarzen“, christlich-sozial orientierten und „türkisen“ Anhänger\*innen, die den proklamierten „Mitte-rechts-Kurs“ ohne speziellen Kirchenbezug mit gelegentlichen christlich-fundamentalistischen Anleihen mittragen wollen, besonders deutlich (Rösner 2020; Schnauder 2020).

Die jüngste Partei im Österreichischen Nationalrat, NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum, tut sich mit ihrer Positionierung gegenüber Religion schwer. Als liberale Partei setzt sie sich für Wahlfreiheit und Religionsfreiheit ein und kritisiert ausgrenzende Rhetorik gegenüber dem Islam sowie antisemitische Vorfälle. Gleichzeitig arbeitet die Partei gegen das bestehende System der Beziehungen zwischen Staat und Religionen und möchte Religion stärker im Privaten verortet wissen.

Dazu zählt etwa die Forderung nach einer religionsneutralen Schule (NEOS 2019). Solche Forderungen stehen in starkem Kontrast zum institutionellen Arrangement in Österreich und würden einen weitgehenden Umbau erfordern. Zu erwähnen ist auch, dass mit Niko Alm ein vehementer Gegner des österreichischen Kooperationsmodells zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in der ersten Nationalratsperiode der NEOS kurzzeitig als Religionssprecher fungierte (nachrichten.at 2014). Da NEOS eine relativ junge

Partei sind, haben sich ihre Positionen bereits im Licht der starken Politisierung des Themas Religion und dessen Verknüpfung mit Migration entwickelt. Zusammenfassen lassen sich diese Positionen wohl als Einsatz gegen Ausgrenzung aufgrund von Religion bei gleichzeitiger Zurückdrängung von Religion aus dem öffentlichen Bereich.

Die österreichische Sozialdemokratie hat dagegen eine lange Geschichte, in der sie sich stark mit Religion auseinandergesetzt hat. In der Ersten Republik traten Sozialdemokrat\*innen für eine Trennung von Kirche und Staat ein und hatten so ein distanzierendes Verhältnis zur dominanten katholischen Kirche. Auch ideologisch war sozialdemokratisches Gedankengut nicht an religiösen Inhalten orientiert. Im Austrofaschismus wurde die Sozialdemokratie verboten und blieb es auch bis zum Ende des nationalsozialistischen Regimes. Erst 1945, wenige Tage vor dem offiziellen Kriegsende, wurde die Sozialistische Partei Österreichs neu gegründet und einigte sich umgehend mit Vertretern von ÖVP und der Kommunistischen Partei auf eine Übergangsregierung, welche die Unabhängigkeit Österreichs sicherstellen sollte.

Kompromissorientierung prägte auch die Haltung der Sozialdemokratie zu Religion in der Zweiten Republik. Führende Sozialdemokrat\*innen der Zweiten Republik, darunter der so prägende Bruno Kreisky, hatten ein gutes Verhältnis zur katholischen Kirche. So liest man etwa in einem Beitrag zum 100. Geburtstag von Kreisky: „Als eines der größten Verdienste Kardinal Königs gilt bis auf den heutigen Tag die Aussöhnung der politischen Lager in Österreich. [...] Bruno Kreisky war ihm in diesem Bemühen ein kongenialer Gesprächspartner.“ (Erzdiözese Wien 2011). Religion als Konfliktlinie, die Parteien spaltete, verlor in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung, nicht zuletzt da eine (wenn auch nicht unbedingt inhaltliche) Annäherung zwischen katholischer Kirche und Sozialdemokratie stattfand.

In Bezug auf andere Religionen trug die SPÖ das von der ÖVP forcierte Kooperationsmodell mit. Ähnlich dem sozialpartnerschaftlichen Modell wurde hier auch vonseiten der SPÖ eine privilegierte

Einbindung der Religionsgemeinschaften akzeptiert (Hafez/Heinisch 2018). Obwohl es immer wieder Initiativen gab, die bestehende Rechte der Religionsgemeinschaften einschränken wollten, sprach sich die SPÖ hier zumeist für eine Beibehaltung, etwa von konfessionellem Religionsunterricht und der bestehenden religionsrechtlichen Vereinbarungen (Konkordat) aus (glaube.at 2019; Kapeller 2011).

Mit Omar Al-Rawi ist eine für die IGGÖ prägende Figur auch als Wiener SPÖ-Gemeinderat aktiv (Sticker 2008). Hier gibt es Verbindungen, deren Relevanz aber wohl im Zuge geänderter Machtverhältnisse in der IGGÖ an Bedeutung verloren haben. Eine angebliche Nähe der SPÖ zur IGGÖ wurde vonseiten der ÖVP etwa 2018 als Vorwurf erhoben. Weil die IGGÖ sich in einer Aussendung gegen arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen der ÖVP-FPÖ-Regierung äußerte, verschickte der damalige Generalsekretär Karl Nehammer eine Pressemitteilung mit dem Titel: „Wird die IGGÖ jetzt zur SPÖ-Vorfeldorganisation?“ (ots.at 2018) Auch wenn ein solcher Vorwurf in den Bereich des politischen Taktierens einzuordnen ist, zeigen frühere Nachwahlbefragungen, dass Muslim\*innen in Österreich tendenziell die SPÖ (sowie Die Grünen) wählen (Hajek/Siegl 2013).

Die Grünen haben keine eindeutige Position zum Thema Religion. In der Partei kommen seit der Gründung in den 1980er-Jahren mit dem gemeinsamen Anliegen des Umweltschutzes liberale Katholik\*innen mit linken Atheist\*innen zusammen und diese Widersprüchlichkeit zeigt sich immer wieder auch in den Positionen der Grünen. So ist man etwa dafür, konfessionellen Religionsunterricht weiterhin anzubieten, allerdings nur mehr als Wahlfach, zusätzlich zum Pflichtfach Ethik (glaube.at 2019). Obwohl vonseiten der Grünen gelegentlich Rufe nach einer Veränderung des bestehenden Arrangements der Beziehungen zwischen Staat und Religionen zu hören waren (oe1.orf.at 2013), konnte sich die Partei nie geschlossen zu einer entsprechenden Position durchringen (kleinezeitung.at 2013).

Auf der Internetseite der Grünen Bildungswerkstatt ist in Bezug auf Religion der Verweis auf „Grüne Grundwerte“ zu finden: „Selbstbestimmt, basisdemokratisch, solidarisch, feministisch, ökologisch

und gewaltfrei. Und das nicht nur in der politischen, sondern auch in der weltanschaulich-religiösen Debatte“ (Grüne Bildungswerkstatt 2015). Hier wird also eine bestimmte Form von Religiosität gutgeheißen. Wo diese Form von Religiosität zu Hause ist, lässt sich etwa durch Personalrochaden zwischen den Grünen und der katholischen Caritas erkennen (diepresse.com 2009; Zaunbauer/Lindorfer 2019). Eine augenscheinliche Schwierigkeit stellt für die Grünen aber die überwiegend patriarchale Ausrichtung der allermeisten Religionen dar.

Ähnlich wie bei den NEOS ist auch hier Religion als Thema von Pluralismus und Antidiskriminierung immer wieder relevant. In diesem Sinn setzen sich die Grünen auch stark für Muslim\*innen ein. Auch bei den Grünen bringt eine Vermischung von Religion und Migration – hier aus der Perspektive der Forderung nach Gleichbehandlung – eine eindeutigere Positionierung zu Religion mit sich. In Fragen zum Umgang mit Migration zeigt sich immer wieder eine Deckung zwischen Positionen der Caritas und der Partei der Grünen (siehe Die Grünen Vorarlberg 2019).

### **4.3 Konfliktfeld Kopftuch: Argumente aus dem politischen Spektrum**

Ein Thema an der Schnittstelle zwischen Migration und Religion, zu dem sich politische Parteien aufgrund der starken Politisierung positionieren, ist die Frage muslimischer Verschleierung. Seit den frühen 2000er-Jahren haben sogenannte Kopftuchdebatten die meisten europäischen Länder beschäftigt (für einen Überblick siehe Avramopoulou/Çorbacioğlu/Sanna 2012). Kopftuchverbote im öffentlichen Dienst, für Schülerinnen oder Studentinnen wurden je nach nationalem Narrativ mit Laizität (Frankreich, Türkei), einer Kombination aus Säkularität und christlich-abendländischer Werteordnung (Deutschland) oder mit Sicherheitsaspekten und Wertefragen (Dänemark) begründet. Begründungen sind somit an unterschiedliche nationale Erzählungen angepasst (Korteweg/Yurdakul 2016). Obwohl die neu aufgekommenen Kopftuchverbote immer wieder aufgrund von Ungleichbehandlung oder Verletzung der Religions-

freiheit von Gerichten abgelehnt wurden, wurde auch das Verbot von Gesichtsschleiern zum Thema gemacht. Mittlerweile haben in dieser Frage zahlreiche Staaten Verbote eingeführt, die auch von angerufenen Gerichten bestätigt wurden.

In Österreich waren Verbote von muslimischer Verschleierung lange kein Thema. Während die Diskussion in den 2000er-Jahren Politik und Gerichte der meisten europäischen Länder beschäftigte, lehnten die damaligen Regierungskoalitionen aus ÖVP und FPÖ (beziehungsweise das Bündnis Zukunft Österreich) Verbote ab (Gresch/Hadj-Abdou/Rosenberger et al. 2008). Auch mit Institutionalisierung der österreichischen Integrationspolitik durch das Staatssekretariat für Integration kam das Thema nicht auf die Tagesordnung. Im Gegenteil, der damalige Staatssekretär Sebastian Kurz sagte am 27.04.2011 in der ORF Nachrichtensendung „Zeit im Bild“:

Es geht nicht immer um die Frage „Kopftuch ja, nein“, „Minarett ja, nein“ oder „Burka ja, nein“. Ich glaube, dass sind sehr populistische Themen, die zweifelsohne Menschen bewegen; ich glaube nur, dass das nicht der Zugang ist, mit dem man in der Sache etwas weiterbringt. (tearsofmountains 2018, Min. 6:54–7:06)

2016 wurde mit dem Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz in Österreich erstmals ein Verbot einer bestimmten Verschleierungsform erlassen. Dieses Gesetz, das jede Form von Gesichtsverhüllung verbietet und Ausnahmen auf medizinische Gründe, Sicherheitsaspekte, Sportausübung sowie Brauchtumsveranstaltungen beschränkt, wurde von einer SPÖ geführten großen Koalition mit der ÖVP eingeführt. 2018 beschloss die ÖVP in Koalition mit der FPÖ ein Kopftuchverbot im Kindergarten in Form einer Bund-Länder-Vereinbarung<sup>19</sup>. Im darauffolgenden Jahr wurde von derselben Koalition außerdem ein Verbot von Kopftüchern in Volksschulen ins Schulunterrichtsgesetz aufgenommen. Im Gegensatz zum Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz, das kein spezifisch religiöses Verschleierungsverbot ist, verbietet diese Regelung das Tragen religiöser Symbole, die eine Verhüllung des Hauptes bedingen, und nimmt davon explizit nichtmuslimische

<sup>19</sup> BGBl. I Nr. 103/2018.

Kopfbedeckungen (die jüdische Kippa und den Patka der Sikh) aus<sup>20</sup>. Im Gesetzestext wird dieses spezifisch auf das muslimische Kopftuch ausgerichtete Verbot mit Integrationsanliegen begründet. Ende 2020 wurde dieses Gesetz allerdings vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben (Süddeutsche Zeitung 2020).

Im politischen Spektrum finden sich unterschiedliche Positionen zum Thema religiöse Verschleierung, die ich im Folgenden beleuchte. Parteipolitische Positionen zu einem Thema, das Religion und Migration verbindet, können dabei exemplarisch aufgezeigt werden und finden sich häufig in den europäischen Parteienfamilien der österreichischen Nationalratsparteien in ähnlicher Form wieder.

Im rechtspopulistischen Spektrum wird die Kopftuchthematik von einem nationalistischen Standpunkt aus thematisiert. Charakteristisch ist, dass Geschlechtergerechtigkeit lediglich bei „den Anderen“ eingefordert und somit im „Eigenen“ ohne weitere Diskussion als gegeben angenommen wird. Geschlechtergerechtigkeit an sich ist nicht das zentrale Anliegen. Leila Hadj-Abdou (2017) beschreibt den Gendernationalismus als Exklusionsprojekt, das jenen schadet, die es zu schützen behauptet, nämlich den angeblich zu befreienden muslimischen Frauen. Bekannt ist so ein Gendernationalismus aus den Anfängen des Nationalismus. Laut diesen frühen nationalistischen Ideologien musste die Frau als das schwache Geschlecht – und aus einer Reproduktionsperspektive auch die Reinheit der Nation – notfalls mit Gewalt geschützt werden. Diese Perspektive war ebenfalls prägend für den Faschismus im Europa des 20. Jahrhunderts, allen voran den Nationalsozialismus. Heute sind Argumente des Gendernationalismus in etwas anderer Form nach wie vor präsent. Es zeigt sich eine paradoxe Anpassung an Gleichheitsnormen, in deren Namen nun die Unterdrückung der Frau im Islam thematisiert wird, um die „Mehrheitsgesellschaft“ von den Zumutungen der Geschlechtergerechtigkeit zu entlasten.

---

<sup>20</sup> Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird, BGBl. I Nr. 54/2019.

Wertargumentationen gibt es in verschiedenen Abstufungen, etwa aus einem konservativen Weltbild heraus, indem das islamische Kopftuch als Symbol mangelnder Integration – hier verstanden als Assimilation – gedeutet wird. Es wird von Zugewanderten erwartet, sich an mehrheitsgesellschaftliche Verhaltensweisen anzupassen, und merkbare Hervorstechen wird sanktioniert (Hage 2009).

Eine inklusive Haltung gegenüber Religion, häufig bei öffentlich auftretenden Personen mit eigener religiöser Überzeugung auffindbar, setzt sich für einen Platz der Religion(en) im öffentlichen Raum und zum Teil auch im staatsnahen Bereich ein. Hier werden religiöse Symbole generell eher als Bereicherung gesehen, was das islamische Kopftuch miteinschließen kann (Pötz 2013). Dies ist aber nicht immer der Fall, da auch bei inklusiveren Positionen gegenüber Religion häufig das Christentum als dominante Religion bevorzugt wird.

Aus einer strikt menschenrechtlichen Perspektive wird in erster Linie Religionsfreiheit ins Feld geführt. Ob das Tragen eines Kopftuches im engeren Sinn zur islamischen Religionsausübung gehört und ab welchem Alter diese religiöse Praxis begonnen werden soll, beschäftigt nicht zuletzt Gerichte. Insbesondere bei Beschwerden aus laizistisch geprägten Staaten (Frankreich, Türkei) beurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in mehreren Fällen Verschleierungsverbote in bestimmten Kontexten (Schule, Universität) als zulässig (Council of Europe/European Court of Human Rights 2013; Koenig 2015).

In Sachen Kopftuch spießen sich auch einige klassisch liberale Argumente: Für eine liberale Position ist Gleichbehandlung wichtig und eine säkulare Position des Staates gewünscht. Ein einzelnes religiöses Symbol zu verbieten, ist demnach inakzeptabel. Säkulare Räume zu schaffen, ist dagegen wünschenswert (Blackford 2012). Gleichzeitig ist aus liberaler Perspektive das Vermeiden von Verboten in Bezug auf individuelle Lebensgestaltung anzustreben. Geht es um das Kopftuch bei Minderjährigen, wäre auch das Elternrecht auf Erziehung ein mögliches liberales Argumentationsmuster (Bielefeldt 2003). Neutralität wird aber häufig als oberste Devise angeführt (Madeley 2003). Daher ist aus liberaler Perspektive sowohl die Akzeptanz des islamischen Kopftuchs als auch dessen Verbot gemeinsam mit

dem Verbot anderer sichtbarer religiöser Symbole im öffentlichen Bereich argumentierbar.

Feministische Argumente zum Kopftuch sind zwiegespalten. Ein Argument lautet, dass die Verschleierung von Frauen Ausdruck einer patriarchalen Ideologie ist und daher auch mit Zwangsmaßnahmen zurückgedrängt werden sollte. Im Gegensatz zur liberalen Argumentation gibt es von feministischer und linker Seite weniger Vorbehalte gegen Eingriffe in die individuelle Lebensgestaltung. Teile der feministischen Debatte zu dieser Thematik, am berühmtesten darunter wohl Beiträge von Alice Schwarzer (Cohen 2020), stimmen dieser Vorgehensweise aus einer Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit zu. Innerhalb der linken Argumentation findet sich aber auch eine gegenteilige feministische Denkweise, die mit der Entscheidungsfreiheit von Frauen argumentiert. Beispielhaft ist hier etwa Reyhan Sahin (2019), die Feminismus abseits der Perspektiven von weißen Frauen behandelt und Selbstbestimmung und Intersektionalität in den Blick nimmt. Sie hält ein Verbot für Bevormundung, das Frauen die Entscheidungsfreiheit über ihren eigenen Körper abspricht.

Multikulturalistische und antirassistische Argumente zum Kopftuch setzen sich jedenfalls für eine Akzeptanz des Kopftuches ein. Begründet wird dies entweder mit dem Recht von Minderheiten, ihr Leben auch in der Minderheitensituation frei zu gestalten, oder mit dem Verweis auf eine „Rassifizierung“ von Religion, bei der rassistische Muster auf sichtbar muslimische Frauen übertragen werden (El-Tayeb 2011).

Häufig vermischen sich verschiedene Argumente bei den jeweiligen parteipolitischen Positionen. Im Österreichischen Nationalrat zeigt sich bei der rechtspopulistischen und nationalistisch orientierten FPÖ eine ganz eindeutige Position zum Thema Kopftuch, nämlich die Forderung nach einem möglichst umfassenden Verbot. Die Freiheitliche Partei hat bereits früh damit begonnen, mit Mobilisierung gegen das muslimische Kopftuch Wahlkämpfe zu betreiben. „Freie Frauen statt Kopftuchzwang“ war einer dieser Slogans (ots.at 2006). Argumentiert wurde stets mit der Unterdrückung von Frauen im Islam, die nicht österreichischen Werten entspreche.

Dabei vertritt gerade die FPÖ aus frauenpolitischer Sicht hochproblematische Positionen (Stichwort „Frauenhäuser zerstören Ehen“, so etwa die Amstettener FPÖ-Stadträtin Brigitte Kashofer in einer Parteipublikation, siehe kurier.at 2012). Sie hat zudem den geringsten Frauenanteil unter ihren Funktionär\*innen und Abgeordneten und befürwortet ein strikt konservatives Familienbild. Diese Positionierungen passen scheinbar nicht zusammen, sind aber typisch für rechtspopulistische Strömungen, die sich des Gendernationalismus bedienen. Ebenso findet sich bei der FPÖ die Aufforderung an Muslim\*innen, sich zu assimilieren, was mit dem Tragen des Kopftuchs unvereinbar sei.

Die Haltung der ÖVP zu Fragen muslimischer Verschleierung hat sich, wie an den Entwicklungen der Gesetzgebung zu diesem Thema ablesbar, mit der Zeit verändert. Lange Zeit war die christdemokratische, inkludierende Perspektive auf Religion, die auch deren umfassenden Schutz vor Verdrängung aus dem öffentlichen Raum und öffentlichen Institutionen bedeutete, ein zentrales Anliegen der ÖVP, das eher beiläufig auch Muslim\*innen und andere Religionsangehörige betraf. In den vergangenen Jahren waren Muslim\*innen in der religionsfreundlichen Haltung der ÖVP aber zunehmend nicht mehr mitgemeint. Schon vor der offiziellen Neupositionierung der ÖVP als Neue Volkspartei in der neuen Parteifarbe Türkis und der Parteiübernahme von Sebastian Kurz im Jahr 2017 wurden viele rechtspopulistische Positionen der FPÖ kopiert, so etwa die Thematisierung der Vollverschleierung. Kurz selbst bezeichnete diese 2014 noch als eine „künstliche Debatte“, die in Österreich nicht gebraucht werde (kurier.at 2014), 2016 aber bereits als „Symbol der Gegengesellschaft“ (Ultsch 2016). Die Übernahme rechtspopulistischer Positionen und von der FPÖ eingebrachter Themen durch die ÖVP wird hier deutlich. Auch die konservative Aufforderung zur Assimilation findet sich.

NEOS sprechen sich für allgemeine Verbote von religiöser Bekleidung in öffentlichen Schulen aus und bringen das von FPÖ und ÖVP bekannte Argument der Integration und der Vermeidung von Zwang durch die Familie von jungen Mädchen mit ein. Österreichs liberale Partei unterstützt, unter der Bedingung der Gleichbehand-

lung, Kopftuchverbote in öffentlichen Schulen sowie für Richterinnen und Staatsanwältinnen. Neutralität wird als oberste Devise angeführt (Kismet Online 2017).

Für die Sozialdemokratie scheint es schwer zu sein, sich zum Thema Kopftuch zu positionieren. Hier prallen sehr unterschiedliche Denktraditionen aufeinander. Ausgangspunkt ist die Perspektive der Gleichbehandlung von Mann und Frau und eine feministische Sichtweise auf das Kopftuch. Der für die SPÖ lange Zeit so zentrale Kampf um Geschlechtergerechtigkeit bietet hier aber keine eindeutige Lösung. Aufgrund der oben dargestellten widersprüchlichen feministischen Argumente, aber auch einer unklaren Position zu Integrationsthemen gelingt es der SPÖ nicht, eine eindeutige Haltung zur Kopftuchthematik zu entwickeln. So stimmt die Partei für die Einführung eines Gesichtsverhüllungsverbots, aber gegen das Kopftuchverbot in Volksschulen (orf.at 2019). Auch innerparteilich gibt es immer wieder unterschiedliche Stimmen zum Thema (Krutzler 2018).

Auch innerhalb von Die Grünen gibt es diese ambivalenten Positionen zum Kopftuch, dennoch wurde sich hier deutlicher auf eine Haltung der Akzeptanz festgelegt. Gesichtsverhüllungsverbot sowie Kopftuchverbote in Kindergarten und Schule wurden mit Hinweisen auf eine nicht gegebene Problemlage, auf rechtspopulistische Symbolpolitik und deren programmatische Exklusion von Musliminnen abgelehnt (derstandard.at 2004). Im Rahmen der Regierungsbeteiligung ab 2020 vollzog sich hier allerdings ein Positionswechsel: Im Regierungsprogramm ist die Ausweitung eines Kopftuchverbotes in Schulen für Mädchen bis zum 14. Lebensjahr vorgesehen (Neue Volkspartei/Die Grünen 2020).

#### ***4.4 Normative Debatte: Parteipolitische Positionierungen zu Religion im Kontext von Migration***

Auch dieses Kapitel soll mit einer normativen Debatte abgeschlossen werden. Wir blicken wieder auf die drei bereits vorgestellten normativ-theoretischen Stränge der Migrationsforschung (siehe Kapitel 1.6) – Liberale Theorien, Multikulturalismus und Sozialkonstruktivismus – und nehmen die Positionen der österreichischen

Parlamentsparteien an der Schnittstelle von Religion und Migration in den Blick.

Der Sicht der liberalen Theorie am nächsten kommt wohl die Position der NEOS. Neutralität als zentrales Gut kann, wie viele liberale Theoretiker\*innen behaupten, nur erreicht werden, wenn Religion aus der unmittelbar staatlichen Sphäre zurückgedrängt wird. Zu verurteilen wären hingegen Forderungen nach Ungleichbehandlung und Bevorzugung einzelner Gruppen, in Österreich also insbesondere die FPÖ-Positionen. Aus liberaler Perspektive setzen diese staatliche Neutralität aufs Spiel und untergraben die Grundlage für ein gutes Zusammenleben. Ein seit einigen Jahren aufkommender Strang in der liberaltheoretischen Debatte setzt sich mit der Frage auseinander, mit welchen Mitteln liberale Demokratien gegen illiberale Positionen auftreten können. „Muscular liberalism“ hat der frühere britische Premier David Cameron einen solchen Liberalismus genannt (Latour 2012), der auch illiberale Mittel anwendet, um Ideen und Handlungen einzuschränken, die nicht der gängigen liberaldemokratischen Vorstellung entsprechen. In der wissenschaftlichen Literatur, die solche Tendenzen überwiegend kritisch sieht, ist hingegen von „illiberalem Liberalismus“ die Rede (Hennig/Weiberg-Salzmann/Bizeul et al. 2019). Freiheitliche, aber auch ÖVP-Politik in Bezug auf Religion und Migration könnte in vieler Hinsicht so bezeichnet werden.

Auch aus Sicht des Sozialkonstruktivismus sind insbesondere die Positionen der FPÖ sowie der in den vergangenen Jahren zunehmend rechtspopulistisch argumentierenden ÖVP kritisch zu sehen. Grenzziehung und Ausschluss einer homogenisierten Minderheitengruppe stehen aus diesem Blickwinkel im Vordergrund von Integrationspolitik (Korteweg/Yurdakul 2009). Bei der Forderung nach Gleichbehandlung von religiösen Symbolen und Kleidungsvorschriften im öffentlichen Raum, die sich auch bei SPÖ und Grünen findet, könnte eine konstruktivistische Perspektive fragen, ob dabei nicht die Überschneidung mehrfacher Benachteiligungen (Intersektionalität) und rassistische Konstruktionen einer bestimmten religiösen Gruppe ausgeblendet werden (Korteweg/Yurdakul 2016), das heißt, ob es hier nicht um formale Gleichbehandlung von de facto ungleich behandelten Gruppen geht.

Aus multikulturalistischer Perspektive wäre neben einer Ablehnung nationalistischer und rassistischer Perspektiven insbesondere die liberale Neutralitätsforderung von NEOS kritisch zu sehen. Wenn NEOS eine „religiös neutrale Schule“ fordert, aber gleichzeitig viele Elemente der christlichen Religion in Brauchtum eingehen oder schlicht die Struktur des Jahres bestimmen (Stichwort Weihnachten), inwiefern ist dann offizielle staatliche „Neutralität“ (Berghahn 2018) tatsächlich neutral und nicht de facto eine Bevorzugung der dominanten Gruppe? Die langjährige ÖVP-Position einer inklusiven Religionspolitik deckt sich hingegen weitgehend mit multikulturalistischen Vorstellungen. Hier wurden Minderheitsreligionen an den Tisch geholt und Wünsche der Religionsgemeinschaften häufig mithilfe politischer Maßnahmen verwirklicht (Gresch/Hadj-Abdou/Rosenberger et al. 2008). Aus multikulturalistischer Perspektive ist eine solche Einbindung wünschenswert, auch wenn diese „überproportional“ zur Größe der Gemeinschaft ausfällt, um nicht der ohnehin gegebenen Dominanz der Mehrheit Vorschub zu leisten.